

Zeitschrift: Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 67 (1992)

Heft: 4

Artikel: Die Sicherheitspolitik der Neutralen

Autor: Range, Clemens

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-713865>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Sicherheitspolitik der Neutralen

Von Clemens Range, Königswinter (BRD)

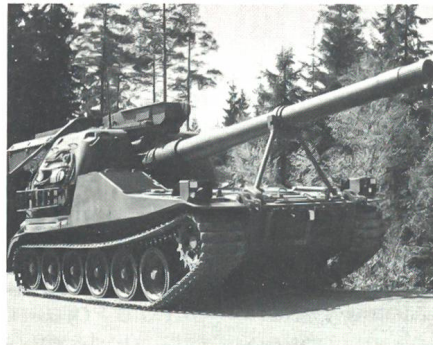
Mit dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts und der Sowjetunion hat sich auch für die neutralen Staaten Europas die sicherheitspolitische Lage grundlegend geändert. Mit unterschiedlicher Intensität wird nun die Sicherheits- und Wehrpolitik neu überdacht. In einigen Ländern steht dabei auf dem Prüfstand nicht weniger als die generelle Frage, welche Bedeutung Neutralität in Zukunft überhaupt noch hat.

Den in dieser Debatte wohl eindeutigsten Weg hat bislang Schweden eingeschlagen. So erklärte Ministerpräsident Bildt im Dezember vergangenen Jahres während eines Besuchs in Paris gegenüber Staatspräsident Mitterrand, Stockholms traditionelle Neutralität sei angesichts der Veränderungen in Europa überholt. Zugleich signalisierte er die Bereitschaft seiner Regierung, sein Land an der Westeuropäischen Union (WEU) zu beteiligen.

Seit 150 Jahren verfolgt Stockholm eine bündnisfreie, selbstbestimmte Aussenpolitik mit dem Ziel der Neutralität im Kriegsfall. Allerdings fiel das Bemühen, sich aus allen europäischen Auseinandersetzungen herauszuhalten, dem Königreich in diesem Jahrhundert zunehmend schwerer. So engagierten sich in dem sowjetisch-finnischen Winterkrieg 1939/40 nicht wenige Schweden für den in Bedrängnis geratenen skandinavischen Nachbarn, und zahlreiche von ihnen kämpften sogar auf Seiten Helsinkis. So spielte aber auch die schwedische Regierung bei der Auslieferung deutscher Soldaten und baltischer Flüchtlinge an die UdSSR nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine wenig rühmliche Rolle. In der Nachkriegsära war Schweden jedoch hauptsächlich bemüht, zwischen Finnland und Norwegen die Balance-Power zu halten.

Das Ende des Kalten Krieges, die Auflösung des östlichen Militärbündnisses und das Zerbrechen des Sowjetreiches zwangen Schweden dazu, seine Aussen- und Sicherheitspolitik neu zu orientieren und zu bewerten. Waren für Stockholm EG-Mitgliedschaft und Neutralität lange unvereinbar, so hat sich diese Haltung zunehmend gewandelt. Insbesondere durch die Auflösung des östlichen Systems ist der Zwang fortgefallen, der Stockholm bisher daran gehindert hatte, sich der EG anzuschließen. Nach dem formellen Beitrittsantrag wird nunmehr aber darüber diskutiert, wie Neutralität heute definiert wird.

Mittlerweile wird in Stockholm offen über die Neutralität diskutiert. Bemerkenswert ist, dass diese weder in der Verfassung verankert ist, noch auf Gesetzen beruht. Daher steht einer Beteiligung an einer europäischen Sicherheitsstruktur von allen neutralen Staaten Europas am wenigsten im Wege. «Blockfreiheit» oder «nichtmilitärische Kooperation» sind mögliche neue Sprachregelungen, die an die Stelle des Neutralitätsbegriffs treten könnten. Längst gilt die EG-Mitgliedschaft und damit langfristig verbunden die WEU-Mitgliedschaft wie bisher schon die Zugehörigkeit zur UNO als kompatibel mit der Neutralität. Zugleich ist Stockholm penibel darauf bedacht, alles zu



Schwedens Rüstungsindustrie war und ist in verschiedenen Bereichen führend. Auf dem Bild 155 mm Panzerkanone von Bofors.

vermeiden, was in den Nachfolgestaaten der einstigen Sowjetunion den Eindruck erwecken könnte, mit einer neuformulierten Sicherheitspolitik verfolge Schweden eine gegen sie gerichtete Politik.

So will Schweden auch in Zukunft für seine Verteidigung selbst sorgen und sein Territorium freihalten von militärischen Aktionen und fremden Einrichtungen. Die strategischen Planungen werden auch weiterhin durch die wichtigen maritimen Schlüsselpositionen bestimmt. Dies sind im Südosten die Ostseezugänge und im Norden die skandinavischen Gebiete jenseits des Polarkreises. Ein besonderes Augenmerk fällt dabei den nur 200 Kilometer von der schwedischen Grenze und durch finnisches Territorium getrennten einstigen Flotten- und Luftwaffenbasen der früheren Sowjetarmee auf der Kola-Halbinsel zu. Schwedens Landesverteidigung ist primär auf die Abwehr einer Invasion abgestellt. Daher wurde ein Schwergewicht auf die Luftstreitkräfte gelegt.

Das 8,33 Millionen zählende Volk stellt nach einer Mobilmachung eine Streitmacht von etwa 800 000 Mann auf. Allerdings stellen Fachleute nicht zuletzt aufgrund der andauernden Finanzmisere eine gewisse Degeneration der Verteidigung fest. Weitere Ursachen dafür dürften in dem Fehlen eines aktiven Unteroffiziers- und Ausbilderkorps sowie an der geringen Zahl von Truppenübungen zu suchen sein.

Schweden wird in einem enger zusammenrückenden Europa sicherheitspolitisch für die Stabilität des Ostseeraums mitentscheidend sein, doch ist auch klar, dass Schweden alleine nicht verteidigungsfähig ist. Dabei zeigen die Absichtserklärungen von Ministerpräsident Bildt bereits, dass sein Land sich für die Zukunft keine Türen versperrern will. Experten rechnen deshalb mit einem Integrationsprozess in die EG von zirka zwei Dekaden, an dessen Ende die schwedische Neutralität gegenstandslos sein dürfte.

Anders als die Schweden waren die Finnen lange Zeit dem Thema «europäische Integration» gegenüber überaus reserviert. Ein Grund dafür waren die beiden verlustreichen Kriege gegen die UdSSR – der Winterkrieg 1939/40 und der «Fortsetzungskrieg» 1941 bis 1944 –, die die finnische Nation an den Rand physischer Vernichtung gebracht hatten und

sich immer noch auf die Wehrpolitik Helsinkis auswirken. In Finnlands Neutralitätspolitik war die Sowjetunion stets ein Fixpunkt. Seit dem Zusammenbruch der UdSSR bewerten die Finnen jedoch insbesondere ihre Ostpolitik neu.

So ist der 1948 zwischen der Sowjetunion und Finnland abgeschlossene militärische Beistandspakt obsolet. Der tschechoslowakische Präsident Havel bezeichnete den Vertrag einmal als «noch einziges Relikt aus der Stalinzeit», das alle Wirren in Osteuropa überlebt habe. Das ursprünglich bis zum Jahre 2003 geltende Abkommen verpflichtete Helsinki, die nordwestliche Flanke der Sowjetunion vor Angriffen Deutschlands oder deutscher Verbündeter zu schützen. Dieser in der Welt einzigartige Vertrag schränkte Finnlands politische Bewegungsfreiheit bislang erheblich ein. Inzwischen ist allerdings ein neuer Nachbarschaftsvertrag ausgehandelt worden, der keine Klauseln über militärische Interventionsrechte Moskaus mehr enthält. Durch die Auflösung der UdSSR bedingt konnte das neue Abkommen jedoch nur paraphiert werden. Helsinki will den Vertrag über gutnachbarschaftliche Beziehungen nun mit dem



Finnische Reservisten im Einsatz
Bild aus SOTILAS AIKAKAUSLEHTI 6–7/91

Rechtsnachfolger der untergegangenen Sowjetunion, Russland, abschließen. Russland hat bereits seine Bereitschaft dazu signalisiert.

Ungeachtet dessen dürften vor allem die östlichen Nachbarstaaten Richtschnur für Helsinkis Handeln bleiben. Auch wenn die finnischen Exporte in die einstige Sowjetunion von 21,5 (1985) auf 12,7 Prozent (1990) und die Importe in diesem Zeitraum von 21 auf 9,9 Prozent dramatisch zurückgingen, so will Helsinki primär Russland und das Baltikum bei der Neustrukturierung ihrer Wirtschaft unterstützen.

Sicherheitspolitisch stellen die Truppen und Militäreinrichtungen der früheren Sowjetarmee auf der Kola-Halbinsel einen Anlass zur Sorge dar. Finnland hat eine 1200 Kilometer lange gemeinsame Grenze mit Russland. Vereinzelt sind schon Stimmen zu hören, die erklären, eingebunden in eine europäische Politik liesse sich eine mögliche Krise beherrschen. Denn wie Schweden ist auch das 4,8 Millionen Einwohner zählende äusserst wehrhafte Finnland, das bei einer Mobilmachung nicht weniger als 700 000 Soldaten aufbieten würde, allein nicht verteidigungsfähig.

Insbesondere die Ostsee und das Nordkap, zu dem auch Finnisch-Lappland zählt, sind stra-

tegisch wichtig. Der finnische Raum selbst hat dagegen eine strategische Bedeutung durch seine Bindegliedfunktion zwischen Ost- und Westeuropa. Die Naturgegebenheiten bringen es mit sich, dass nur etwa 10 Prozent des Geländes panzergängig sind. Die finnischen Verteidigungsmassnahmen sollen deshalb auch nur sicherstellen, einen Missbrauch finnischen Territoriums als Land- oder Luftkorridor zu verhindern.

Bedingt durch den Untergang des sowjetischen Imperiums hat Helsinki seine Zurückhaltung gegenüber der EG aufgegeben. So beabsichtigt Finnland im Frühjahr seinen Aufnahmeantrag zu stellen. Ihre Skepsis wird damit aber nicht vollends gewichen sein. Auch wenn langfristig ein Mitwirken in einer europäischen Sicherheitsarchitektur für denkbar gehalten wird, fragen sich die Finnen, welche Rolle die EG um das Jahr 2000 zu spielen gedenkt und welches Sicherheitssystem Europa in Zukunft haben wird.

Wie Finnland ist auch **Österreich** mittlerweile gleichfalls dabei, sich von den Fesseln der einengenden Nachkriegsaufgaben zu befreien. So forderte Wien eine Revision der vor allem mit der einstigen UdSSR geschlossenen «*Knebel*»-Klauseln im Staatsvertrag. Denn die vier grossen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges – die USA, Frankreich, Grossbritannien und die Sowjetunion – waren es, die das besetzte Österreich zehn Jahre nach Kriegsende unter der Auflage der Neutralität in die staatliche Unabhängigkeit entliessen. Der damalige Aussenminister Leopold Figl sprach am 15. Mai 1955 vom Balkon des Wiener Schlosses Belvedere die legendären Worte: «*Österreich ist frei.*»

Österreich war neutralisiert worden, und zwar aus ganz handfesten militärstrategischen Überlegungen heraus. Der Sowjetunion waren nämlich vor allem die in der Alpenrepublik stehenden amerikanischen Truppen ein Dorn im Auge, weil diese von dort aus ohne nennenswerte Hindernisse das zur sowjetischen Einflussphäre gehörende Ungarn und damit die Südflanke des Warschauer Pakts bedrohen konnten. Durch die formelle Neutralität Österreichs aber mussten die Alliierten ihre Kräfte nach Westen verschieben.

Österreichs Neutralität ist nicht Inhalt des Staatsvertrages, sondern eines parallel dazu vom Parlament beschlossenen Verfassungsgesetzes. Sie gilt als Eckpfeiler der staatlichen Existenz. Dennoch sind inzwischen im politischen Wien vermehrt Äusserungen zu hören, wonach die Österreicher nicht ewig neutral bleiben wollen. Als ein erster Schritt dahin wird von manchem der Antrag zur EG-Mitgliedschaft, den die einstigen Sowjetführer mit massiven Drohungen gegenüber Wien zu verhindern suchten, gewertet. Österreich strebt die Aufnahme in die EG schon deshalb an, um keine schweren ökonomischen Nachteile in Kauf zu nehmen. Bislang ist Wien nur Mitglied des Europarates und der europäischen Freihandelszone EFTA. Die Annahme des Antrags durch Brüssel dürfte allerdings einige Zeit benötigen, denn in der EG spielt bei der Aufnahme auch die Sorge mit, Österreich und das wiedervereinigte Deutschland könnten eine Interessengemeinschaft der Deutschsprachigen in der EG bilden.

Seit den revolutionären Umwälzungen im einstigen Ostblock und durch den Bürgerkrieg in Jugoslawien hat sich Österreichs politische Situation grundlegend geändert. Die Republik mit den 7,5 Millionen Einwohnern, die sich seit



Rückstossfreie Panzerabwehrkanone 106mm des österreichischen Bundesheers. Viele Jahre lang war es Österreich aufgrund des Staatsvertrages nicht gestattet, Raketen zu beschaffen.

Heeresbild und Funk Info Stelle.

1955 an der Nahtstelle der beiden gegeneinander gerichteten militärischen Blöcke befand, ist aus der einstigen Randposition wieder in die Mitte Europas gerückt. Wie bei kaum einem anderen neutralen Staat sind durch die Nationalitätenkonflikte in der Nachbarschaft jedoch die Landesgrenzen höchst sensibel. So hat Österreich 1214 Kilometer Grenze zu Mitgliedstaaten der NATO, 924 Kilometer zu Staaten des einstigen Warschauer Pakts, 311 Kilometer Grenze zu Slowenien und 164 Kilometer zur Schweiz.

Vor allem der Bürgerkrieg in dem sich auflösenden Staatengebilde Jugoslawien wird in Österreich mit Sorge beobachtet. Für den Fall einer «*Libanonisierung*» des Balkanstaates rechnet Wien mit riesigen Flüchtlingstrecken, die nach Österreich strömen. Bereits jetzt wurden auch aus diesem Grunde die Grenzposten verstärkt. Für die Aufnahme grösserer Flüchtlingsmassen werden in Wien seit einiger Zeit Eventualpläne entwickelt, wobei jedoch immer wieder zu erfahren ist, dass diese kleine Land sehr schnell überfordert sein werde. Als denkbar gilt aber auch das Einsickern von «*agents provocateurs*», die in der Alpenrepublik Gewaltakte verüben könnten. Darüber hinaus wird die Möglichkeit einkalkuliert, dass auch bewaffnete Verbände aus der Krisenregion – aus den unterschiedlichsten Gründen – versuchen, über die Staatsgrenze zu gelangen. Diese Kräfte müssten dann entwapnet, interniert und bewacht werden.

Das österreichische Bundesheer, das nach einer Mobilmachung rund 200 000 Soldaten umfassen soll (in der Diskussion ist eine Reduzierung auf 120 000 Mann) ist allerdings in Fragen des Grenzschutzes nicht ungeübt. In seiner fast 37jährigen Geschichte hat die Armee mehrfach durch starke Präsenz an seiner Landesgrenze Wiens Verteidigungswillen unmissverständlich demonstriert. So 1956 während der Ungarn-Krise, 1968 bei der Besetzung der CSSR durch Truppen des Warschauer Pakts und seit 1991 bei dem jugoslawischen Bürgerkrieg an der Grenze zu Slowenien.

Österreich verfolgt jetzt und wohl auch in naher Zukunft eine «*Abhaltestrategie*», die das Ziel hat, durch das Bundesheer militärische Operationen eines oder mehrerer Nachbarstaaten auf österreichischem Territorium zu verhindern. Als Räume besonderer operativer Bedeutung gelten das Donau-Tal, der Tiroler Raum sowie die untere Steiermark und Kärnten. In diesen Schlüsselzonen sollen vornehmlich Abnutzungsgefechte erfolgen.

Neben dem militärischen Faktor wird Österreichs Sicherheitspolitik im veränderten Europa durch die neue und zugleich uralte Ver-

mittlerolle bestimmt. Dabei dürfte es Wiens Chance sein, ein Zentrum für Ost-West-Begegnungen zu werden, das nicht zuletzt auch für die EG von grossem Interesse sein wird.

Zaghafte Vorstösse, in denen ein stärkeres Interesse an einem EG-Beitritt bekundet wird, sind mittlerweile auch aus der **Schweiz** erkennbar. Dennoch fällt es den Eidgenossen bei dieser Diskussion auffallend schwer, in diesem Zusammenhang auch über eine mögliche Aufgabe ihrer Neutralität nachzudenken. Die Schweiz ist in der Tat das einzige Land, das eine garantierte Neutralität besitzt und diese strikter als alle anderen neutralen Staaten praktiziert. Auf dem Wiener Kongress wurde der Eidgenossenschaft von den Grossmächten im zweiten Pariser Frieden 1815 die immerwährende Neutralität ausdrücklich garantiert.

Die Schweiz, die bis dahin für grössere Staaten eine Art Durchmarschland gewesen war, gelang es fortan, sich aus allen europäischen Konflikten herauszuhalten. Ihre Neutralität hat denn auch zweifelsohne die Prosperität des Landes mitbegründet. Die bewaffnete Neutralität ist Staatsgrundsatz. Bis heute gilt in dem 6,7 Millionen Einwohner zählenden Alpenstaat der Satz: Die Schweiz hat keine Armee, sie ist eine (das war während vielen Jahren so! Red).

Die zukünftige Sicherheitspolitik der Eidgenossen wird von den Zielen, Friede in Freiheit und Unabhängigkeit, Wahrung der Handlungsfreiheit sowie dem Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen bestimmt. Innerhalb der Gesamtverteidigung, die wohl in der Schweiz am besten organisiert ist, soll der Zivilschutz weiterhin durch eine solide Infrastruktur ausgebaut werden. Um die Strategie der Abhaltung weiterhin glaubhaft aufrechterhalten zu können, gilt das Festhalten am Milizsystem als sicher.

Trotz massiver Anti-Wehrdienst-Kampagnen wird die Wehrhaftigkeit von Militärexperten als gut beurteilt, wenn gleich im Volk ein Nachlassen des Wehrwillens ausgemacht wird. Die Milizarmee umfasst nach einer Mobilmachung etwa 625 000 Mann. Aufgrund der veränderten politischen Lage in Europa und einer damit einhergehenden Armee reform soll der Milizbestand indes auf 400 000 Mann reduziert werden. Die im «*Armeeleitbild 95*» umrissenen Veränderungen beinhalten eine Verringerung des Grundwehrdienstes von 17 auf 15 Wochen und neu in zweijährigen Abständen 10 Wiederholungskurse. Die bisherigen Einsatzgrundsätze, die durch den Aufmarsch und den Kampf in vorbestimmten Verteidigungsräumen gekennzeichnet waren, sollen durch das «*Grundmodell operativ*» abgelöst werden. Um den organisatorischen Rahmen für dieses operative Konzept zu schaffen, sollen Panzerbrigaden – ein Novum in der Schweizer Armee – gebildet werden. Insgesamt sollen die Streitkräfte so organisiert sein, dass sie sich ohne grosse Schwierigkeiten in eine europäische Armee «*einfügen*» könnten.

Darüber hinaus soll die Ausrüstung auf höherem technischen Niveau gehalten werden. Doch hierbei stösst auch die wohlhabende Schweiz inzwischen an Grenzen. Rüstungsk Kooperationen mit anderen Ländern werden deshalb bereits mittelfristig keine Seltenheit mehr darstellen. Den Schluss jedoch daraus ziehen zu wollen, die Schweiz suche den raschen Schulterchluss mit der EG und einer

möglichen Verteidigungsgemeinschaft, ist verfrüht. Dennoch haben auch die Schweizer erkannt, dass wenn sie nicht von Europa isoliert sein wollen, ein Umdenken erforderlich ist. Unmissverständlich haben sie ihr Engagement deutlich gemacht für den Fall, dass Europa als Ganzes gefordert ist. Ihre bewaffnete Neutralität wollen sie indes als letztes aufgeben.

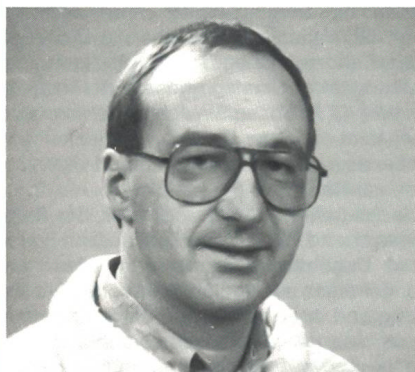
Gewissermassen ein «Exot» unter den neutralen Staaten Europas ist Irland. Die Neutralität der 3,4 Millionen Bewohner zählenden Inselrepublik erklärt sich im wesentlichen daraus, dass die Iren nicht den Interessen des britischen Königshauses dienen wollen. Die eigene Streitmacht umfasst nach einer Mobilisierung annähernd 30 000 Mann. Die irische

Neutralität wird aber von Dublin keineswegs als ein Ausgrenzen von Europa gesehen, wofür die EG-Mitgliedschaft ein Beweis ist. Von daher ist diese Neutralität rein lokaler Natur und für den europäischen Kontext recht bedeutungslos.

Die **Veränderungen in Europa**, die nicht nur die militärstrategischen Grundlagen, sondern auch im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Bereich angesiedelt sind, können in Zukunft stärker als bisher die Lebensgrundlage der meist kleinen neutralen Nationen bedrohlich verändern. Aufgrund der wachsenden Abhängigkeiten und dem Zwang zur Zusammenarbeit können die Neutralen in einem wirtschaftlich wie politisch eng verwobenen Europa nicht in einer vermittelnden

Aussenseiterrolle verharren. Angesichts der zunehmenden Risiken, wie die Proliferation in der Dritten Welt, die Bevölkerungsströme aus Süd- und Osteuropa sowie der Fundamentalismus ist in Zukunft kein neutraler Staat alleine verteidigungsfähig. Je klarer vor allem die künftige gesamteuropäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EG aussehen wird, desto eher «stirbt» die Neutralität. Dieser Prozess wird indes langwierig und nahezu geräuschlos verlaufen, wobei am Ende keiner Nation der Untergang droht, sondern Europa wird vielmehr seine Schutzfunktion auf diese ausweiten. Und für Europa wiederum dürften die vielfältigen wohltuenden diplomatischen Einflüsse wie beispielsweise die «guten Dienste» der Schweiz ein wertvoller Zugewinn zu einer neuen Sicherheitsstruktur sein. ■

Unsere Mitarbeiter vorgestellt



Hptm i Gst Beat Gottier, verheiratet, wohnt in Amsoldingen und ist Vater des 5jährigen Lukas und der 3 Jahre alten Sara. Mirjam ist mit ihren 8 Monaten sein jüngstes und drittes Kind.

Als El Ing HTL leitet Beat Gottier eine Entwicklungs- und Forschungsgruppe in einem bundeseigenen Rüstungsbetrieb. Er arbeitet an Zukunftsprojekten.

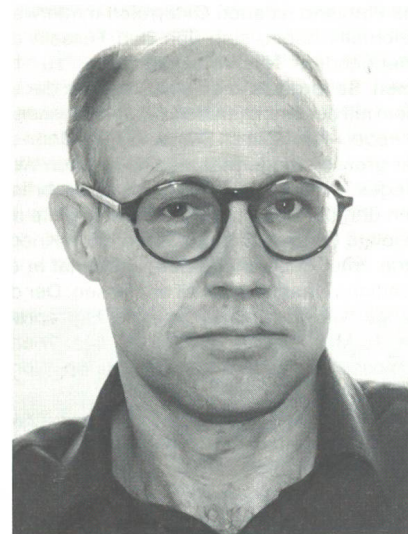
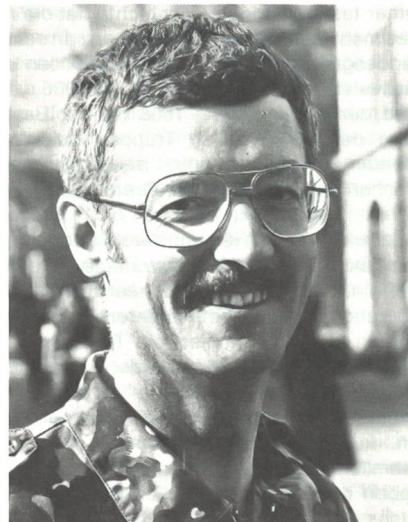
Fünf Jahre kommandierte Hptm Gottier Panzerabwehr-Lenkaffen-Kompanien (Dragon und BANTAM). Zurzeit ist er als Generalstabs Of Chef Operationen in einer Gz Br. Sein öffentliches Engagement gilt der Vorstandsarbeit in einer Schützen-gesellschaft. Beat ist Synodaler in der bernischen Synode. Zu seinen Hobbys zählen vorerst seine Familie, eine Sammlung militärischer Abzeichen (zirka 2500) sowie Panzerfahrzeuge und Lenkaffen. Seit einigen Jahren stellt Beat Gottier dem «Schweizer Soldat» seine besonders guten Kenntnisse über Feuerunterstützungs- und Panzerabwehrwaffen sowie von Kampffahrzeugen in Form von fundierten Bild- und Textbeiträgen zur Verfügung.

Wachtmeister Heinz Ernst ist Sekundarlehrer. Er unterrichtete bis 1975 am privaten Knabeninternat im Schloss Kefikon und wechselte dann an die Oberstufenschule in Balterswil TG. Die Ehe von Heinz Ernst ist kinderlos geblieben. Er wohnt in Eschlikon TG. Seine militärischen Einteilungen als Füsilier-Wachtmeister waren oder sind die Füs Kp III/74, Füs Kp II/276 und seit 1988 die Füs Kp 638.

Bei seinem grossen ausserdienstlichen Engagement darf Heinz Ernst eine Vielzahl

von Tätigkeiten als Verantwortlicher und als Organisator von Wettkämpfen und Anlässen nennen. Davon nur die wichtigsten: Er präsierte sechs Jahre den UOV Frauenfeld und übernahm während sechs Jahren die Aufgabe als Kantonalpräsident des Unteroffiziersverbandes Thurgau. Schon bald zehn Jahre arbeitet er im Zentralvorstand des Schweizerischen Unteroffiziersverbandes (SUOV) mit, präsiert die Propaganda- und Werbekommission des SUOV und vertritt den Verband bei der Arbeitsgemeinschaft für gleiche Wehrpflicht und eine friedenssichernde Milizarmee (AWM). Seit einigen Jahren führt er die Marschgruppe «Thurgauer Leuen» (vormals UOV Frauenfeld). In Holland bewältigte er 24 Viertagemärsche und hat an mehr als 100 Waffenläufen mitgemacht. Zu seinen übrigen Hobbys zählt Heinz Ernst Jogging und die Teilnahme an allen bedeutenden Langstreckenläufen der Schweiz und am Berlin-Marathon.

Seit acht Jahren ist Heinz Ernst als Redaktor für die Rubrik «Neues aus dem SUOV» im «Schweizer Soldat» zuständig. Er gibt diesem Teil unserer Zeitschrift Leben und aktuellen Inhalt. Die beiden Seiten sind zu einem wichtigen Informations- und Werbeträger der Unteroffiziersvereinigungen geworden. Ernst ist auch Mitglied des Vorstandes der Verlagsgenossenschaft «Schweizer Soldat».



Korporal Fritz Heinze wohnt in Herisau und arbeitet als Offsetmonteur. Verheiratet ist er Vater eines 21jährigen Sohnes und einer 23jährigen Tochter. Er absolvierte seine Rekrutenschule als Motorfahrer in einer Flab RS. Als Motorfahrerkorporal leistete er einige Jahre seine WKs bei der mob L Flab. Seine nebenberufliche Passion, Pferde zu fotografieren, gab ihm die Möglichkeit, seine Dienstpflicht bis zum Ende seiner Dienstzeit bei Traineeinheiten zu erfüllen.

Ausserdienstlich arbeitete Fritz Heinze als Pressechef im Vorstand des Kantonalen Unteroffiziersverbandes St Gallen/Appenzell. Beim UOV Herisau und Umgebung ist er heute in der Geschäftsprüfungskommission tätig. In seiner Freizeit interessiert er sich hauptsächlich für Maultiere. Er hat die braven Vierbeiner im Militär beim Train kennen- und schätzen-gelernt. Darum erstaunt es nicht, dass er heute die Interessengemeinschaft für das Maultier präsiert und auch die Pressearbeit samt Bildreportagen macht.

Für den «Schweizer Soldat» schreibt und fotografiert er für Truppenberichte. Er hilft dabei mit, unsere Zeitschrift aktuell und truppennah gestalten zu können. Schon einige seiner gekonnt gemachten Farbaufnahmen von Soldaten und Pferden schmückten die Titelseiten des «Schweizer Soldat».